

# PRESSEMITTEILUNG

## 85. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister 2014



Baden-Württemberg Bayern Berlin Brandenburg Bremen Hamburg Hessen  
Mecklenburg-Vorpommern Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Rheinland-Pfalz  
Saarland Sachsen Sachsen-Anhalt Schleswig-Holstein Thüringen

### Justizministerkonferenz in Binz sendet Signal für gestärkten Opferschutz

# JM

**Die Vorsitzende der 85. Justizministerkonferenz, Uta-Maria Kuder, begrüßt das Ergebnis des Arbeitstreffens:  
„Wir sind einen großen Schritt voran gekommen“**

Schwerin, 26.06.2014

„Auf der Justizministerkonferenz haben wir einen großen Schritt nach vorn zu mehr Opferschutz gemacht. Die Vorarbeit aus zehn Ländern auf dem Weg zu einem bundesweiten Anspruch junger Missbrauchsoffer für eine **psychosoziale Prozessbegleitung** vor, während und nach der Verhandlung ist von der Konferenz befürwortet worden. Die Bundesregierung prüft nun weitere Schritte“, sagte Justizministerin Kuder.

Nummer: 56/14

Sie begrüßte auch den Beschluss zu klären, ob künftig die **Opferschutzrechte** komprimiert aufgelistet werden, „damit Opfer auch möglichst alle Rechte finden und wahrnehmen können. Noch sind sie in verschiedenen Gesetzen verstreut zu finden. Die Justizministerkonferenz hat zudem den Bundesjustizminister beauftragt zu analysieren, ob der Strafraum bei Ehrverletzungsdelikten auch für Beleidigungen im Internet, also **Cybermobbing**, ausreicht. Wir sehen möglichen Handlungsbedarf, da diffamierende Einträge im Internet für die Opfer nachhaltig sein können“, so Ministerin Kuder. Es gab zudem große Einigkeit darin, die Betreiber von Plattformen ins Boot zu holen, um derartige Einträge zügig zu löschen sowie die Nutzer intensiver vor strafbaren Handlungen zu warnen.

„Erarbeitet wird auch ein Maßnahmenkatalog für die Länder, wonach die **Wiedereingliederung entlassener Straftäter** zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe avanciert. Die erfolgreiche Suche nach Wohnraum, Therapieplatz oder Arbeit sind entscheidend für eine erfolgreiche Resozialisierung und darf nicht nur der JVA überlassen werden“, sagte die JuMiKo-Vorsitzende.

Justizministerium  
Mecklenburg-Vorpommern  
Puschkinstr. 19-21  
19055 Schwerin  
Telefon: 0385 588-3003  
Telefax: 0385 588-3450  
E-Mail: [presse@jm.mv-regierung.de](mailto:presse@jm.mv-regierung.de)  
Internet: [www.mv-regierung.de/jm](http://www.mv-regierung.de/jm)

V. i. S. d. P.: Tilo Stolpe

Justizministerin Uta-Maria Kuder lobte ebenso das Ergebnis der Konferenz, die „**Nationale Stelle zur Verhütung von Folter**“ personell aufzustocken. „Die vier Kommissionsmitglieder brauchen für die vielen unterschiedlichen zu prüfenden Einrichtungen in den Ländern und für den thematisch umfassenden Auftrag mehr Kraft. Insbesondere begrüße ich die Einigkeit, dass wir zusätzliche Sachverständige aus nichtjuristischen Bereichen benötigen, wie der Polizei, der Psychiatrie oder aus geschlossenen Heimen“, betonte Ministerin Kuder. Die „Nationale Stelle zur Verhütung von Folter“ wird von jetzt vier auf künftig acht ehrenamtliche Mitglieder aufgestockt. Zwei Mitglieder der Länderkommission stehen für eine neue Amtszeit zur Verfügung. Das sind die frühere Thüringer Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Petra Heß, sowie der Justizstaatssekretär a.D. Rainer Dopp aus Mecklenburg-Vorpommern.

Die Justizministerinnen und Justizminister tagen jährlich unter wechselndem Vorsitz zweimal im Jahr. Nach der Frühjahrskonferenz in Binz hat die diesjährige Vorsitzende der JuMiKo, Justizministerin Kuder, ihre Kolleginnen und Kollegen zur Herbstkonferenz in die Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern nach Berlin eingeladen. Die Herbst-JuMiKo ist für den 6. November 2014 angesetzt. Im nächsten Jahr übernimmt Baden-Württemberg den Vorsitz.